

Protokoll:	Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	87
		TOP:	5
Verhandlung		Drucksache:	1003/2019
		GZ:	T
Sitzungstermin:	22.10.2019		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Thürnau		
Berichterstattung:	Herr Schirner (GFF)		
Protokollführung:	Frau Schmidt / fr		
Betreff:	Vergabebeschluss Neue Baumstandorte 2019, Bezirk Mitte		

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Technischen Referats vom 08.10.2019, GRDRs 1003/2019, mit folgendem

Beschlussantrag:

Der Vergabe der Landschaftsbauarbeiten zur Herstellung von 183 neuen Baumstandorten in Bezirk Mitte an die Firma Toriello GmbH wird laut Begründung zugestimmt.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Herr Schirner (GFF) berichtet im Sinne der Vorlage. Es gebe nun 183 Standorte für Baumpflanzungen in den Innenstadtbezirken; weitere Standorte in allen Bezirken befänden sich in der Prüfung. Dies ergebe rund 1.120 Standorte, die bis Ende 2020 umgesetzt werden könnten. Die heute dargestellten seien die "unkomplizierten", die zwischen November und März gepflanzt werden könnten. Zu den restlichen Standorten kündigt er weitere vier Beschlussanträge aus den vier Planungsbezirken an, die sich in ähnlicher Höhe bewegen würden. BM Thürnau ergänzt, es sei im Innenbereich begonnen worden, da hier der klimatologische Bedarf am dringendsten sei.

StRin Dr. Lehmann (90/GRÜNE) verweist zunächst auf die fehlerhafte Überschrift der Vorlage. Sie möchte wissen, ob die "kritischen" Standorte in den Bezirksbeiräten besprochen würden. Neben den lateinischen Namen der Pflanzen sei zukünftig die Nennung der deutschen Namen hilfreich.

Dass dieses Thema endlich umgesetzt werde, begrüßt StR Ozasek (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei). Aus den Machbarkeitsstudien aus 2018/19 hätten sich 350 potenzielle Standorte ergeben. Somit könnten in den Innenstadtbezirken noch rund 170 Bäume gepflanzt werden. Die grüne Infrastruktur müsse gestärkt und komplizierte Standorte ausgestattet werden. Wichtig sei eine gute Mischung klimatoleranter Baumarten, deren Gesundheit erhalten werden müsse. Neben den Pflanzungen müsse das "mitgebuchte Servicepaket" der Baumpflege kontrolliert werden. Für viele Firmen sei es lukrativer, junge Pflanzen absterben zu lassen und zu ersetzen, als zwei bis drei Jahre ausreichende Pflege zu betreiben. Dieser Problematik müsse besser begegnet werden. Abschließend regt er an, Baumstandorte aus städtebaulichen Wettbewerben in die Tabelle des Garten-, Friedhofs- und Forstamts (GFF) aufzunehmen.

StRin Kletzin (SPD) dankt ausdrücklich für die Aufstellung, da sie hervorragend die verschiedenen Standorte beschreibe. Positiv herauszustellen sei die Aufwertung von Spielplatzflächen im Innenstadtbereich.

StR Schrade (FW) möchte wissen, ob es sich bei der Vorlage um Baumstandorte ausschließlich auf bestehenden Grünflächen handelt.

Die ausschließliche Nennung der lateinischen Namen hält auch StRin Königeter (PULS) für schwierig. Bei der Übersetzung habe sie festgestellt, dass es sich häufig um Baumarten aus dem Mittelmeerraum, Asien und Nordamerika handle, und sie wolle wissen, warum diese Arten ausgewählt worden seien. Möglicherweise sei dies kritisch für heimische Insekten. Aus eigener Erfahrung halte sie Schnurbäume für Spielplätze für ungeeignet.

StR Kotz (CDU) möchte wissen, ob städtische Pflanzungen in privaten Gärten möglich seien, wenn die Stadt die Anpflanzung und der Besitzer die Pflege übernehme. So könnten Überhänge an Pflanzen vermieden werden.

Bezüglich der Außenbezirke schlägt StRin Schiener (90/GRÜNE) vor, den Zubringer der B27 bei Sonnenberg zu entsiegeln und Bäume zu pflanzen. Grundsätzlich müssten die Bezirksbeiräte zu möglichen Standorten abgefragt werden.

Den von StR Kotz genannten Aspekt der Ansprache von Bürger(n)*innen greift BVin Kienzle (Mitte) auf. Das Projekt der Wanderbaumallee habe Standorte erbracht, die bis zu diesem Zeitpunkt nicht vorstellbar gewesen seien. Das Bedürfnis nach Gemeinschaft sei durch eine kleine Maßnahme in besonderem Maße unterstützt worden. Sie schlage vor, diese Standorte nun dauerhaft mit Pflanzungen zu versehen. In der Liste der Vorlage seien lediglich bereits vorhandene Standorte aufgeführt.

BM Thürnau betont, dass zu Beginn die einfachen Standorte bedient werden sollen. Der Liste sei zu entnehmen, dass es sich häufig um Grünanlagen handle. Der Weg solle selbstverständlich weiter beschritten werden. Dazu erhoffe er sich viele Anregungen aus den Bezirksbeiräten, die jedoch zunächst geprüft werden müssten. Bei der ersten Vorlage sei es darum gegangen, vor dem Hintergrund des Klimawandels schnell Bäu-

me zu pflanzen. Für die nächste Beschlussvorlage kündigt er eine deutlichere Bezeichnung in der Überschrift sowie die Nennung der deutschen Namen an. Für private Gärten sei lediglich möglich, Bäume als Geschenk vonseiten der Stadt zu überlassen; eine anschließende Pflege durch die Stadt sei nicht darstellbar. Eventuell könne ein entsprechendes Förderprogramm etabliert werden. Gegenüber StR Ozasek bestätigt er, Anwachspflege sei ein Problem. Der Aufwand zur Pflege sei in rein monetärer Betrachtung höher als eine Nachpflanzung. Eigene Pflege durch städtische Mitarbeiter*innen sei kaum darstellbar. Das GFF erarbeite derzeit ein Bewässerungskonzept für städtische Bäume. Es müsse mehr Druck auf die Firmen ausgeübt und dies in den Ausschreibungen entsprechend formuliert werden. Die aktuelle Liste der geplanten Anpflanzungen leite er an die Bezirksbeiräte weiter und erwarte gerne weitere Vorschläge.

Für Herrn Schirner ist es ein großes Anliegen, in den inneren Bezirken Pflanzungen vornehmen zu können. Er sei ausdrücklich dankbar für jeden Standort, der aus den Bezirksbeiräten, aus dem Ausschuss oder von Bürger(n)*innen neu genannt werde. Nach der Anpflanzung gebe es eine vertraglich festgelegte Entwicklungspflege von drei Jahren. Im März oder April 2020 werde es eine Beschlussvorlage zum Bewässerungskonzept geben. Positiv sei anzumerken, dass durch den letzten Doppelhaushalt wieder mehr Bauaufseher verfügbar seien, die sich um die Kontrolle der Pflege kümmern. Ausfälle bewegten sich im Promillebereich. Weitere Standorte aus städtebaulichen Wettbewerben, wie dem von StR Ozasek zur Gablenberger Hauptstraße genannten, begrüße er. Mit dem Amt für Stadtplanung und Wohnen sei vereinbart worden, dass Voruntersuchungen von diesem koordiniert würden. Dadurch ergebe sich eine sehr gut vorbereitete Sachlage, an die sich eine technische Prüfung durch das GFF anschließe. Es werde sich eine Routine entwickeln, die ein "1.000-Bäume-Programm" umsetzbar mache. Die Auswahl der Bäume orientiere sich an der Klimafestigkeit für urbane Standorte und den Empfehlungen der Ständigen Gartenamtsleiterkonferenz. Ziel sei stets eine stabile Anwachsrate. Schnurbäume seien früher "Modebäume" gewesen und würden heute nicht mehr in dieser Massivität gepflanzt.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen mehr ergeben, stellt der Vorsitzende fest:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung Technik beschließt einstimmig wie beantragt.

Zur Beurkundung

Schmidt / fr

Verteiler:

- I. Referat T
zur Weiterbehandlung
Garten-, Friedhofs- und Forstamt (3)
Tiefbauamt (5)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
Liegenschaftsamt (2)
 3. BVinnen Mitte, Nord, Ost
BV Süd, West
 4. Rechnungsprüfungsamt
 5. L/OB-K
 6. Hauptaktei

- III.
 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 2. CDU-Fraktion
 3. Fraktionsgemeinschaft Die FRAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 4. SPD-Fraktion
 5. FDP-Fraktion
 6. Fraktion FW
 7. AfD-Fraktion
 8. Fraktionsgemeinschaft PULS